



NEWSLETTER

KOGRUPPE ISRAEL UND
BESETZTES PALÄSTINENSISCHES
GEBIET/PALÄSTINA (2415)



Liebe Abonnent:innen,

die aktuelle Lage fordert weiterhin unsere ganze Aufmerksamkeit.

Seit dem Beginn des Angriffs auf Iran Ende Februar durch Israel und die USA gerät der Blick auf Gaza, das Westjordanland und Ost-Jerusalem in den Hintergrund. Dabei passieren gerade dort weiterhin täglich Menschenrechtsverletzungen, die wir beobachten, dokumentieren und deren Verfolgung wir einfordern.

Mit der aktuellen Ausgabe des Newsletters fassen wir die Entwicklungen der letzten drei Monate aus Amnesty-Sicht zusammen. Ihr findet Beiträge und Berichte zum Krieg in Iran und Libanon, zu unseren Forderungen zur Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel und zu Gaza und der Global Sumud Flotilla.

Lokale Amnesty International Gruppen haben zudem in den letzten Monaten viele Aktionen umgesetzt. Einige stellen wir euch im Newsletter verteilt kurz vor. Wenn ihr Fragen dazu habt

oder den Kontakt zu den Teams herstellen wollt, meldet euch direkt oder bei uns.

Außerdem findet ihr Links und Infos zu den Angeboten der Kogruppe und eine praktische Übersicht aller derzeitigen Urgent Actions und Aktionen.

Abschließend bieten wir ausgewählte Berichte anderer Menschenrechts- und Hilfsorganisationen.

Wir wünschen euch wie immer eine informative Lektüre und viel Erfolg bei eurem weiteren Einsatz für die Menschenrechte!

Feedback zum Newsletter

Wie hat euch diese Ausgabe gefallen?
Hinterlasst [hier](#) anonymes Feedback:



Scannen und Feedback geben!

Was findet ihr im Newsletter:

Todesstrafe in Israel:
Jetzt EU-Handelsabkommen aussetzen!

Gaza und Global Sumud Flotilla

Existenzrecht Israels?

Iran und Libanon

Angebote der Kogruppe und Urgent Actions

Inspiration? - Aktivitäten lokaler Gruppen

Ausgewählte Berichte anderer Organisationen

AMNESTY
INTERNATIONAL





© Amnesty International, Foto: Jarek Godlewski



© IMAGO / Middle East Images

Deutschland muss Aussetzung des EU-Israel-Abkommens zustimmen

8. Mai 2026: Amnesty International in Deutschland, Human Rights Watch Deutschland und Oxfam Deutschland fordern die EU-Außenminister*innen auf, die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens zu beschließen. Die deutsche Regierung ist einer der größten Blockierer.

Seit dem Jahr 2000 verbindet die EU mit Israel ein gemeinsames Assoziierungsabkommen, das den Rahmen für politischen Dialog und wirtschaftliche Zusammenarbeit setzt und Israel einen privilegierten Zugang zu den EU-Märkten gewährt. Die EU ist Israels größter Handelspartner; 28,8 % der israelischen Exporte gingen allein 2024 in die EU. Innerhalb der EU ist Deutschland einer der wichtigsten Handelspartner Israels. Artikel 2 verankert die Achtung der Menschenrechte als zentralen Bestandteil des Abkommens. Nach eingehender Prüfung stellte die Europäische Kommission im Juni 2025 fest, dass Israel gegen Artikel 2 des Abkom-

mens verstößt. Sie schlug deshalb eine teilweise Aussetzung des Abkommens sowie gezielte Sanktionen gegen einzelne Mitglieder der israelischen Regierung sowie gegen gewalttätige Siedler*innen vor.

Am 30. März verabschiedete die Knesset zudem ein Gesetz zur Ausweitung der Todesstrafe, die de facto nur gegenüber Palästinenser*innen Anwendung finden kann. Das Gesetz verstößt gegen die Vorgaben der Vierten Genfer Konvention, der UN-Antifolterkonvention und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) und widerspricht dem Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Schreib jetzt an Bundeskanzler Merz eine Nachricht und fordere die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens! ([LINK](#))

Außerdem findet ihr [hier](#) ein Infoblatt zur Todesstrafe für eure Menschenrechtsarbeit zum Ausdrucken.



© Amnesty International

Saarbrücken: Vortrag zu antipalästinensischem Rassismus von Zakariyya Meißner

28. März 2026: Unsere neu gegründete Amnesty International Westasien/Saar Gruppe veranstaltete am Samstag gemeinsam mit dem Jugendclub die erste öffentliche Veranstaltung:

Es war uns eine große Ehre, dass wir einen so großartigen Referenten gewinnen konnten. Zakariyya Meißner setzt sich beruflich mit antipalästinensischem Rassismus auseinander. Bei dem Workshop ging es darum, welchen Formen von Diskriminierung Menschen mit palästinensischer Identität ausgesetzt sind, insbesondere vor dem Hintergrund des Genozids, der Militärbesatzung und der Apartheid in den von Israel völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebieten.

Angesichts des in Deutschland weit verbreiteten institutionellen antipalästinensischen Rassismus eignet sich der Workshop gerade auch für Institutionen, Schulen, für deutsche Strafverfolgungsbehörden und die deutsche Justiz. Wir werden an dem Thema dran bleiben. Bei Interesse an dem Workshop könnt Ihr uns gerne kontaktieren. ([LINK](#))



© Naseer Turkmani/Anadolu via Getty Images

Israels dreistes Abfangen der Global Sumud Flottilla auf dem Weg nach Gaza schürt Befürchtungen um 175 willkürlich Festgenommene

30. April 2026: Als Reaktion auf Berichte, wonach israelische Streitkräfte 22 Schiffe abgefangen und rund 175 Besatzungsmitglieder der „Global Sumud Flottilla“ festgenommen haben, die inmitten des anhaltenden Völkermords durch Israel versucht hatte, die illegale Blockade Israels zu durchbrechen und lebenswichtige humanitäre Hilfe in den besetzten Gazastreifen zu bringen, erklärte Erika Guevara Rosas, Senior Director für Forschung, Advocacy, Politik und Kampagnen bei Amnesty International:

“Die Besatzung der abgefangenen Schiffe muss unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden. Während der Haft müssen die israelischen Behörden sicherstellen, dass allen Aktivisten unverzüglich konsularische Unterstützung gewährt wird, sie human behandelt und

vor Folter und anderer Misshandlung geschützt werden. Die Staaten müssen ihre inhaftierten Staatsangehörigen dringend unterstützen. Sie müssen zudem unverzüglich konkrete Maßnahmen ergreifen, um Israels Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen zu beenden, unter anderem durch die sofortige Aufhebung der illegalen Blockade und die Ermöglichung des ungehinderten Zugangs sowie der Verteilung humanitärer Hilfe im gesamten Gazastreifen. Drittstaaten müssen aufhören, Israel Straffreiheit für seine Gräueltaten zu gewähren, und die Verabschiedung von Maßnahmen beschleunigen, um Israels rechtswidrige Besetzung des Besetzten palästinensischen Gebiets zu beenden, wie vom Internationalen Gerichtshof im Jahr 2024 festgestellt wurde.“ ([LINK](#))

GLOBAL SUMUD FLOTILLA

VERSCHLEPPT UND MISSHANDELT

Das israelische Militär hat die Global Sumud Flottilla abgefangen und zwei Aktivisten, Saif Abukeshk und Thiago Ávila, verschleppt. Crew-Mitglieder berichten von schweren Misshandlungen bei ihrer Festnahme.

SAIF UND THIAGO SOFORT FREILASSEN!

Was ist genau passiert? ➔

BRUTALE FESTNAHME

Thiago Ávila wurde Medienberichten zufolge während seiner Festnahme über den Boden geschleift und so heftig geschlagen, dass er zweimal das Bewusstsein verlor. Er berichtete, Soldaten hätten ihm gedroht, ihn über Bord zu werfen sowie seine Ehefrau und seine zweijährige Tochter ins Visier zu nehmen.

Saif Abukeshk sei laut seiner Rechtsbeistände zwei Tage lang gezwungen worden, auf dem Boden eines israelischen Kriegsschiffs zu liegen – mit verbundenen Augen und auf dem Rücken gefesselten Händen.

Quelle: Adalah, Novara Media, Francesca Albanese ➔

WAS IST DAVOR PASSIERT?

Aktivist*innen der Global Sumud Flottilla sind aufgebrochen, um die israelische Seeblockade zu durchbrechen und humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen.

Am Donnerstagmorgen haben israelische Soldat*innen 22 Boote der Flottilla nahe Griechenland in internationalen Gewässern abgefangen. Allein das ist schon ein Rechtsbruch. 175 Aktivist*innen wurden gewaltsam festgenommen, gedemütigt und eingeschüchtert. Viele sind verletzt.

Trigger-Warning: Darstellung körperlicher Verletzungen ➔

Das israelische Militär hat die Aktivist*innen nach Griechenland gebracht, wo sie erstmalig medizinisch versorgt werden mussten – außer Thiago und Saif. ➔

DIE AKTIVISTEN

Die beiden Aktivisten wurden „zur Vernehmung“ in ein Gefängnis nach Israel gebracht. Die Haftbedingungen seien unmenschlich, berichten ihre Anwälte*innen. Thiago und Saif sind in den Hungerstreik getreten.

Thiago Ávila ist Vater und ein brasilianischer Sozial- und Umweltaktivist. Er gehört zusammen mit Saif zu den Organisator*innen der Flottilla.

Saif Abukeshk ist ebenfalls Familienvater und ein spanisch-schwedischer Staatsbürger palästinensischer Herkunft. ➔

THIAGO & SAIF BEI IHRER VERNEHMUNG IN ISRAEL



"Vertreibung und Krankheit bringen dich um" – Die katastrophale Lage von Frauen in Gaza

10./11. März 2026: In den vergangenen 29 Monaten haben die verheerenden Auswirkungen des Völkermords palästinensische Frauen und Mädchen im besetzten Gazastreifen an den äußersten Rand des Abgrunds getrieben. Ein neuer Amnesty-Bericht zeigt auf, wie diese besonders vulnerable Gruppe die Hauptlast der systematischen Massenvertreibung und des nahezu vollständigen Zusammenbruchs der Gesundheitsversorgung trägt.

Während die Weltöffentlichkeit auf die jüngste militärische Eskalation zwischen Israel, den USA und Iran blickt, vollzieht sich im Gazastreifen eine katastrophale Tragödie abseits der großen Schlagzeilen.

Die von Israel herbeigeführten Lebensbedingungen und der anhaltende Völkermord zielen auf die physische Zerstörung der Zivilbevölkerung ab. Ein aktueller Amnesty-Bericht zeigt die brutalen Konsequenzen für Frauen und Mädchen im Gazastreifen:

1. Entbindung unter Lebensgefahr: Schwangere Frauen sind gezwungen, in überfüllten und unhygienischen Unterkünften ohne jede Privatsphäre oder angemessene medizinische Begleitung zu entbinden, wo sie sich zeitgleich von der Geburt erholen müssen.
2. Schutzlos im Ausnahmezustand: Dabei müssen sie Hunger, Infektionskrankheiten und tiefgreifende Traumata bewältigen, während sie im Winter oft vollkommen unzureichend vor Kälte und Regenschürmen geschützt sind.
3. Gezielte Verknappung von Hilfsgütern: Zusätzlich wird die Lage dadurch massiv verschärft, dass Israel wiederholt die Einfuhr essenzieller Güter wie Nahrungsmittel, lebensrettende Medikamente, Ausrüstung zur Wasseraufbereitung sowie Menstruationsbinden stark einschränkt.
4. Stopp lebensrettender Therapien: Für Patientinnen mit lebensbedrohlichen Krankheiten wie Krebs ist die medizinische Behandlung entweder komplett unterbrochen oder gar nicht mehr zugänglich.

Die unerbittlichen Bombardierungen der vergangenen zwei Jahre haben das Gesundheitssystem im Gazastreifen nahezu vollständig zerstört. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Health Clusters sind mittlerweile fast 60 Prozent aller Gesundheitseinrichtungen funktionsunfähig. Die Schließung von Grenzen verschlimmert die Krise enorm: Ende Februar 2026 schloss Israel nach einem gemeinsam mit den USA durchgeführten Angriff auf Iran alle drei Grenzübergänge zum Gazastreifen, wodurch der ohnehin schon stark eingeschränkte Fluss humanitärer Hilfe und medizinischer Evakuierungen komplett zum Erliegen kam.

Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von Amnesty International, sagt dazu:

"Den Frauen im Gazastreifen werden die Bedingungen verweigert, die sie brauchen, um sicher zu leben und Leben zu spenden. Diese systematische Aushöhlung ihrer Rechte auf Gesundheit, Sicherheit, Würde und eine Zukunft ist keine unglückliche Nebenerscheinung des Krieges, sondern eine bewusste Kriegshandlung, die sich gegen Frauen und Mädchen richtet. Sie ist auch die vorhersehbare Folge von Israels kalkulierter Politik und Praxis der mehrfachen Massenvertreibung, der absichtlichen Beschränkung grundlegender und lebenswichtiger Güter sowie der humanitären Hilfe und der zweijährigen unerbittlichen Bombardierung."

Der Amnesty-Bericht basiert auf umfassenden Recherchen, die wir zwischen dem 5. und 24. Februar 2026 durchgeführt haben. In diesem Zeitraum befragten wir 41 binnenv Vertriebene Frauen (unter ihnen 8 Krebspatientinnen), 4 Schwangere, 14 Frauen, die erst kürzlich nach dem sogenannten "Waffenstillstand" entbunden hatten. Wir führten zudem Interviews mit 26 Mitarbeitenden aus sechs verschiedenen Gesundheitseinrichtungen in Gaza-Stadt und Deir al-Balah sowie mit 4 Vertreter*innen internationaler Hilfsorganisationen. ([LINK](#))

[Der gesamte Bericht ist auf Englisch auf amnesty.org hier zu finden.](#)



Menschen in Gaza retten, Genozid stoppen!

Die Lage der Menschen in Gaza wird immer schlimmer. Beteilige dich jetzt an unserem Appell an die deutsche Bundesregierung!





© Amnesty International

Karlsruhe: 100 Teilnehmer*innen beim Vortrag von Fabian Goldmann

29. März 2026: Die Amnesty-Arbeitsgruppe Karlsruhe Israel/Palästina hat gemeinsam mit dem Deutschsprachigen Muslimkreis Karlsruhe (DMK) einen Vortrag und ein Gespräch mit dem Journalisten und Autor Fabian Goldmann organisiert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Fragen zur deutschen Palästina-Berichterstattung, zu politischen Narrativen und Stereotypen sowie zum Einfluss der sogenannten 'Staatsräson' auf Medien, öffentliche Debatten und Meinungsfreiheit in Deutschland. Fabian Goldmann analysierte, wie politische Tabus und strukturelle Selbstzensur die mediale Debatte über Palästina prägen und warum Kritik an israelischer Regierungspolitik häufig delegitimiert wird. Dabei stellte er auch Bezüge zu seinem aktuellen Buch "Staats(räson)funk" her.

Die Veranstaltung bot Raum für Austausch, kritische Diskussion und Fragen aus dem Publikum. ([LINK](#))



© IMAGO / IPON

Gesetzentwurf zum Existenzrecht Israels: Ein Risiko für die Meinungsfreiheit

7. Mai 2026: Ein neuer Gesetzentwurf aus Hessen will das Leugnen des Existenzrechts Israels künftig als Volksverhetzung bestrafen. Der Schutz jüdischen Lebens ist von besonderer Bedeutung – doch dieser Vorstoß gefährdet die Meinungsfreiheit massiv. Warum ein neuer Gesetzentwurf der falsche Weg ist und unsere bestehenden Gesetze ausreichen, zeigt unsere Analyse.

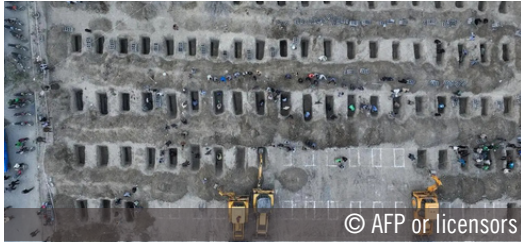
Der Amnesty-Standpunkt in Kürze:

Der Kampf gegen antisemitische (Aufrufe zu) Gewalt ist ein legitimes und zwingend notwendiges Ziel staatlichen Handelns. Sich Antisemitismus und jeder Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzustellen ist eine essenzielle, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der aktuelle Gesetzentwurf aus Hessen, der das Leugnen des Existenzrechts Israels als Volksverhetzung ein-

stufen will (§130 StGB), gefährdet jedoch die im Grundgesetz verankerte Meinungsfreiheit. Ein ähnlicher Gesetzentwurf ist im vergangenen Jahr im Bundestag bereits auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gestoßen. Eine pauschale Ausweitung des Strafrechts auf politische und normative Aussagen schafft ein problematisches "Sondermeinungsstrafrecht" und birgt die Gefahr, legitime politische Diskurse einzuschränken und Menschen abzuschrecken ("Chilling Effect").

Amnesty International plädiert für die Wahrnehmung des Kampfes gegen Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Statt der Ausweitung des Strafrechts fordern wir die konsequente Anwendung bereits bestehender Strafgesetze gegen jede Form von Diskriminierung sowie gegen Aufrufe zu Gewalt.

Weiter geht es hier: [LINK](#)



Amnesty-Recherche belegt: US-Luftangriff auf Schule in Iran tötet über 100 Kinder

17. März 2026: Ein verheerender Luftangriff verwandelte am 28. Februar die Shajareh-Tayyebah-Grundschule in der iranischen Stadt Minab in ein Trümmerfeld. 156 Menschen wurden bei dem Angriff getötet, darunter 120 Kinder.

Die Untersuchung von Amnesty International liefert stichhaltige Indizien, die auf eine Verantwortung der USA für den Angriff auf die Schule hindeuten. Obwohl US-Präsident Donald Trump die Verantwortung zunächst von sich wies, belegen vorliegende Fakten den Einsatz amerikanischer Waffensysteme. Amnesty International hat folgende zentrale Erkenntnisse dokumentiert:

- Die Auswertung von Raketentrümmern und Videos deutet darauf hin, dass sehr wahrscheinlich eine präzisionsgelenkte, in den USA hergestellte Tomahawk-Rakete eingesetzt wurde.
- Diese Raketen werden in diesem Konflikt ausschließlich von US-Streitkräften genutzt. Zudem bestätigte das US-Militär, am besagten Tag Tomahawks auf den Südiran abgefeuert zu haben.
- Dass die Schule zusammen mit 12 weiteren angrenzenden IRGC-Gebäuden beschossen wurde, gibt Anlass zur Sorge – weil es darauf hindeutet, dass sich das US-Militär auf veraltete Geheimdienstinformationen stützte.
- Dies weist darauf hin, dass die Konfliktparteien trotz fortschrittlicher nachrichtendienstlicher Fähigkeiten und künstlicher Intelligenz keine angemessenen Vorkehrungen getroffen haben, um das zivile Ziel zu verschonen.

Den ganzen Artikel findet ihr hier. ([LINK](#))



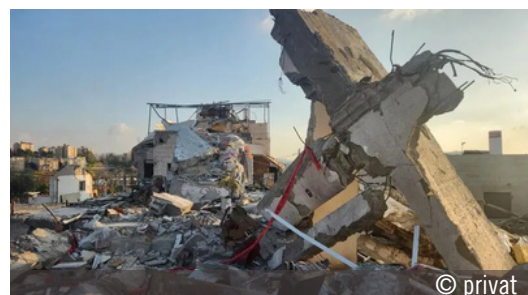
Iranischer Raketenangriff auf Beit Shemesh muss als Kriegsverbrechen untersucht werden

31. März 2026: Am 1. März griffen die Streitkräfte der Islamischen Republik Iran die israelische Stadt Beit Shemesh mit einer Rakete an. Dabei wurden neun Zivilpersonen getötet, darunter vier Jugendliche. Schätzungsweise 46 Menschen wurden verletzt. Amnesty International hat den Angriff untersucht und fordert, dass der Angriff als Kriegsverbrechen untersucht werden muss.

- Angriff zerstört Synagoge im Stadtteil Ramat Lehi
- Neun Zivilpersonen wurden getötet
- Neue Amnesty-Untersuchung findet kein militärisches Ziel in der Nähe des Einschlagsortes

"Die Waffe, die bei dem iranischen Angriff auf das israelische Viertel Ramat Lehi eingesetzt wurde, ist äußerst ungenau und trägt einen massiven Sprengkopf. Sie ist daher völlig ungeeignet für den Einsatz in dicht besiedelten zivilen Gebieten", sagte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Recherche, Advocacy, Politik und Kampagnen bei Amnesty International.

Amnesty International hat sowohl verifizierte digitale Beweise analysiert, die in sozialen Medien gepostet wurden, als auch weitere Fotos und Videos, die den Einschlagsort zeigen und die von Amnesty zusammengetragen wurden. Aufgrund dieser Recherche hat Amnesty festgestellt, dass bei dem Angriff eine iranische ballistische Rakete eingesetzt wurde. ([LINK](#))





"Es war apokalyptisch": Hunderte Tote durch israelische Angriffe im Libanon

10. April 2026: Nach eigenen Angaben des israelischen Militärs war es die bislang "größte koordinierte Angriffswelle" auf den Libanon: Am 8. April griff die israelische Armee innerhalb von nur zehn Minuten 100 Orte im Libanon an. Laut des libanesischen Gesundheitsministeriums wurden dabei 303 Menschen getötet und 1.150 verletzt (Stand: 9. April). Amnesty International ruft dringend zum Schutz der Zivilbevölkerung auf.

Heba Morayef, Direktorin für die Region Naher Osten und Nordafrika bei Amnesty International, kommentiert die israelischen Angriffe wie folgt:

"Nur wenige Stunden, nachdem die Welt die Nachricht von einem Waffenstillstand zwischen den USA und Israel mit Iran vorsichtig begrüßte, findet sich die Zivilbevölkerung im Libanon in einem noch größeren Albtraum wieder. Der 8. April war der tödlichste Tag seit Beginn der jüngsten Kampfhandlungen am 2. März, als im gesamten Südlibanon, im Beqaa-Tal und in belebten zivilen Gebieten im Zentrum Beiruts intensive Luftangriffe geflogen wurden – viele davon ohne Vorwarnung. Die Krankenhäuser mussten angesichts der überwältigenden Zahl von Verletzten zu Blutspenden aufrufen."

Seit 2023 dokumentiert Amnesty International den Einsatz von weißem Phosphor durch das israelische Militär. 2024 dokumentierte Amnesty, wie das israelische Militär wahllos und massenhaft elektronische Geräte wie Pager zur Explosion brachte. Die israelischen Angriffe im Libanon haben bisher viele zivile Opfer gefordert. Sie umfassten rechtswidrige Luftangriffe auf Wohnviertel sowie Angriffe auf Journalist*innen, Gesundheitseinrichtungen, Krankenwagen und Sanitäter*innen. ([LINK](#))



Hunderttausende wegen Israels Evakuierungsbefehlen auf der Flucht

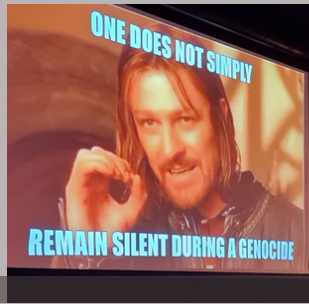
10. März 2026: Zwischen dem 3. und 6. März erließ das israelische Militär eine Serie von Evakuierungsbefehlen für ganze Städte und Dörfer im Südlibanon und in Teilen der Bekaa-Ebene. Am 5. März forderte das Militär die gesamte Bevölkerung südlich des Litani-Flusses auf, "unverzüglich" zu fliehen. Mehr als 100 Dörfer und Städte im Süden und Osten des Landes sowie die gesamten südlichen Vororte von Beirut sind betroffen. Die Anordnungen haben Hunderttausende Menschen vertrieben. ([LINK](#))



Naher/Mittlerer Osten: Langfristiger Waffenstillstand zum Schutz der Zivilbevölkerung notwendig

29. April 2026: Die Waffenruhe zwischen der Islamischen Republik Iran und den USA sowie Israel ist brüchig und wenig belastbar. Gleichzeitig gibt es eine Waffenruhe zwischen Israel und Libanon, die zeitlich begrenzt ist. Amnesty International fordert die beteiligten Länder zu einem nachhaltigen Waffenstillstand auf, der den Schutz der Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt rückt.

Die Menschen in der Region erleben seit mehr als zweieinhalb Jahren Gewalt, Tod, Vertreibung und Unsicherheit. In einem nun veröffentlichten Bericht legt Amnesty einen besonderen Fokus auf die Gefahren für die iranische Bevölkerung, die nicht nur ein Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts fürchten muss, sondern auch die Gräueltaten der Behörden der Islamischen Republik Iran. ([LINK](#))



© Amnesty International Berlin

Berlin: 150 Gäste bei Florian Goldmann's Lesung Staats(räson)funk

17. Mai 2026: Full house im Berliner Jockel. Rund 150 Gäste kamen zu unserer Lesung und Diskussion mit Fabian Goldmann. In seinem Vortrag – kombiniert mit der Lesung ausgewählter Kapitel aus seinem Buch „Staats-(räson)funk“ – ging es um die Frage, wie über Palästina und den Krieg in Gaza in Deutschland berichtet wird. Und auch darum, warum Kritik an Israels Vorgehen oder Solidarität mit Palästinenser*innen in deutschen Debatten häufig sehr schnell mit Antisemitismusvorwürfen verknüpft wird. Während internationale Institutionen wie der UN- und EU-Menschenrechtsrat die Einschränkung von Debattenräumen sowie die teils massive Polizeigewalt gegen palästinasolidarische Demonstrierende kritisieren und zahlreiche Menschenrechtsorganisationen von einem Genozid in Gaza sprechen, zeigt sich in vielen deutschen Leitmedien oft ein anderes Bild. „Staats(räson)funk“ beschäftigt sich mit genau dieser Diskrepanz. Anhand eigener Datenerhebungen und umfangreicher Recherchen analysiert Fabian Goldmann mediale Narrative, Auslassungen und Formen der Selbstzensur seit dem 7. Oktober 2023.

Besonders beeindruckend war das große Interesse des Publikums: Viele Gäste blieben auch nach der Lesung für eine Signierstunde, diskutierten miteinander und teilten eigene Perspektiven und Erfahrungen. Danke an alle, die dabei waren und diesen Abend möglich gemacht haben. ([LINK](#))

Angebote der Kogruppe

Sprechstunde

Wir bieten jeden zweiten Dienstag im Monat eine Sprechstunde zum Thema Israel-Palästina an. Wer Beratungsbedarf zum Thema, Fragen oder Unsicherheiten bei bevorstehenden Veranstaltungen hat oder eine eigene Aktion planen möchte, kann gerne an der Sprechstunde teilnehmen.

Nächste Termine: 9. Juni, 14. Juli, 11. August - jeweils 19:30-20:30 Uhr. Eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig. Einwahldaten: meeting.amnesty.de/rooms/c-la-vvt-1pc-kfi/join, Zugangscode: 759440

Materialien

Auf [unserer Intranetseite](#) findet ihr [Materialien](#) (Flyer, Leitfäden und mehr) für eure Arbeit.

Workshops und Vorträge

Wir veranstalten auch gerne Workshops oder halten Vorträge zu Themen aus unserem Arbeitsbereich. Auf [unserer Intranetseite](#) findet ihr Infos dazu:

Urgent Actions

Folgende Urgent Actions und andere Aktionen gibt es derzeit, die ihr einfach online unterstützen könnt.

- **Bundeskanzler Merz: EU-Israel-Abkommen endlich aussetzen!**
amnesty.de/mitmachen/petition/kanzler-merz-eu-israel-abkommen-aussetzen
- **Ayman Bani Owda seit November 2025 willkürlich in Haft**
amnesty.de/mitmachen/urgent-action/israel-opt-ayman-bani-owda
- **Saleh Diab und Familie nicht aus Ost-Jerusalem vertreiben!**
amnesty.de/mitmachen/urgent-action/israel-und-besetztes-palaestinensisches-gebiet-saleh-diab-und-familie
- **Arzt freilassen!**
amnesty.de/mitmachen/urgent-action/israel-und-besetztes-palaestinensisches-gebiet-arzt-freilassen
- **Menschen in Gaza retten, Genozid stoppen!**
amnesty.de/mitmachen/petition/israel-gaza-genozid-stoppen
- **Sorge um inhaftierte palästinensische Journalisten**
amnesty.de/mitmachen/urgent-action/israel-und-besetzte-Gebiete-sorge-um-inhaftierte

Ausgewählte Berichte anderer Organisationen



Ärzte ohne Grenzen: 5 Fakten über die Wasserkrise im Gazastreifen

11. Mai 2026: Im Gazastreifen ist das Wasser knapp: Wir stellen für 1 von 6 Einwohner*innen Wasser bereit – und sind so der zweitgrößte nicht-staatliche Wasserversorger im Gazastreifen. ([LINK](#))



B'Tselem: For the first time since 1967, Israel is expelling an entire Palestinian neighborhood in Jerusalem

5. Mai 2026: For the first time since the 1967 occupation, Israel is expelling an entire Palestinian neighborhood in Jerusalem. The Silwan area, located near the "Holy Basin," the Temple Mount, and al-Aqsa Mosque, is home to many archaeological and historical sites of exceptional significance. As of April 2026, approximately 1,800 residents in Silwan are under threat of expulsion, after hundreds have already been uprooted and left homeless in the past two years. In Baten al-Hawa alone, 33 families have already been expelled, and 53 additional families, including 130 children, face a similar fate. In al-Bustan, Israel has already demolished 48 homes and plans to demolish the homes of 123 more families, which will lead to the expulsion of approximately 1,450 people. The expulsion in Silwan is part of a policy of ethnic cleansing throughout the entire West Bank. ([LINK](#))

BIP: Hessischer Gesetzentwurf zur Leugnung des Existenzrechts Israels in Kritik

25. Mai 2026: Die hessische Landesregierung brachte am 8. Mai einen Gesetzentwurf in den Bundesrat ein, der die Leugnung des „Existenzrechts Israels“ unter Strafe stellen soll, wenn sie öffentlich oder in einer Versammlung in einer Weise erfolgt, die geeignet ist, die Bereitschaft zu antisemitischen Gewalt- oder Willkürmaßnahmen zu fördern.

Am selben Tag übermittelten 33 Rechtswissenschaftler, darunter auch Mitglieder von BIP, dem Präsidenten des Bundesrates, dem Rechtsausschuss dieses Organs und den Landesregierungen einen offenen Brief, in dem sie darlegten, warum sie diesen Gesetzentwurf für verfassungswidrig halten. ([LINK](#))



Reporter ohne Grenzen: Journalisten in israelischer Haft berichten von inhumaner Behandlung

20. Mai 2026: Gezielt verhaftet, stundenlang verhört und anschließend misshandelt: Reporter ohne Grenzen hat fünf palästinensische Journalisten aus dem Gazastreifen befragt, die nach dem 7. Oktober 2023 in Israel inhaftiert wurden. Alle berichten von brutaler Gewalt durch die israelische Armee, den militärischen Nachrichtendienst Aman und den Inlandsgeheimdienst Shin Bet. Den israelischen Stellen sei klar gewesen, dass es sich ihnen um Journalisten gehandelt habe. Die fünf sind mittlerweile wieder in Freiheit; 19 weitere palästinensische Medienschaffende sind noch in israelischer Haft. ([LINK](#))



cadus: Wenn Gaza ein Kreuzfahrtschiff wäre

14. Mai 2026: Während der Ausbruch und die Verbreitung des Hantavirus auf einem Kreuzfahrtschiff für viel Aufsehen sorgt und einige bereits Sorge vor einer Corona-Pandemie 2.0 haben, bleiben Ausbrüche von Infektionskrankheiten andernorts weitgehend unbeachtet.

In Gaza sind diese Krankheiten allgegenwärtig und das ist auch kaum verwunderlich. Die Bedingungen unter denen die Menschen dort leben müssen, begünstigen die Ausbreitung von übertragbaren Krankheiten stark: verschmutztes Trinkwasser, schlechte hygienische Bedingungen, viele Menschen auf engem Raum, geschwächte Immunsysteme und eine Gesundheitsversorgung, die permanent kurz vor dem Kollaps steht.

Laut WHO stehen 19% aller ärztlichen Konsultationen in Gaza im Zusammenhang mit übertragbaren Krankheiten, wobei über die Hälfte auf Atemwegsinfektionen und 27% auf Hautkrankheiten und Parasiten und 16% auf Durchfallerkrankungen zurückzuführen sind – letztere zunehmend. ([LINK](#))

Peace Now: The EU Council Decides to Impose Sanction on Four Settler Organizations

11. Mai 2026: The foreign ministers of the European Union decided today to impose sanctions on four settler organizations linked to violence and the dispossession of Palestinians in the West Bank. ([LINK](#))